

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV 159

Bonn, den 22. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

Seite Zeilen

---

1 Und das nach 20 Jahren! 45

---

Wie die CDU/CSU nach Meinung einer "Wochenzeitung für Politik,  
Kultur und Wirtschaft" mit der SPD umgehen sollte

2 - 3 Die NPD rechts überholen? 68

---

Rechtzeitige Warnung katholischer Publizisten

Von Dr. Heinz Kornetaki

4 - 5 Nationalitätenstreit in Jugoslawien 74

---

Von der Föderation zur Konföderation?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Anhang

1 - 3 "Weil Politik der Vernunft bedarf" 130

---

Eindrücke eines jungen "unpolitischen" Menschen, der  
Günter Grass auf einer Wahlreise in Bayern begleitete

Und das nach 20 Jahren!  
-----

Wie die CDU/CSU nach Meinung einer "Wochenzeitung für Politik,  
Kultur und Wirtschaft" mit der SPD umgehen sollte

sp - Einigen Wahistrategen der CDU/CSU scheint es zu Beginn dieses Wahlkampfes zu anständig zuzugehen. Sie beklagen sich bitter darüber, daß ihr Parteivorsitzender und seine Wahlmannschaft den Sozialdemokraten nicht gehörig einheizt. Tiefe Resignation, Nervosität und offene Angst vor einer Wahlniederlage sprechen aus den Ratschlägen, die man Kiesinger jetzt gibt. Er soll angreifen, hart an die SPD rangehen und sogar unter die Gürtellinie schlagen. Zwar ist dieses Rezept nicht neu, aber immerhin bleibt es doch bemerkenswert, daß sich eine sonst so seriös gebende Wochenzeitung nunmehr dort zu tummeln beginnt, wo normalerweise CSU-Versammlungsredner der fünften und sechsten Garnitur ihre Argumente gegen die SPD auszubreiten pflegen.

Zunächst rüffelt man die CDU-Wahlkampfleitung, weil sie es nicht fertig gebracht hat, bekannte Olympioniken und andere der Union nahe- stehende Persönlichkeiten für den Wahlkampf einzuspannen. Dann wird schlicht zugegeben, die Ressortminister der SPD seien besser und ideenreicher, als die der CDU/CSU, während - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Führungsmannschaft der CDU es Herrn Rainer Barzel über- läßt "in durchweg guten Pressekonferenzen den Schild zu polieren."

Und nun kommen die Ratschläge. Sie sind ungefähr das Getzte an De- magogie und Unverfrorenheit, was man sich selbst in einem Wahlkampf leisten dürfte. Die CDU soll die "Ost-Illusionen Brandts", den "Abbau wirksamer Aufklärung über den Kommunismus durch SPD-kontrollierte Einrichtungen", sowie "Schillers Umgang mit der Konjunkturspritze" an- prägnieren. Kiesinger soll der FDP den Forst-Skandal und der SPD "Sex- experimente bei den Falken", "eigentumsfeindliche Ideen sozialdemo- kratischer Wohnungsbaupolitiker" und schließlich sogar "neomarxisti- sche Infektionen am linken Flügel" an den Kopf werfen. Draußen im Lande sollte die Union den Wählern unmittelbar zeigen, daß sie auf- gewacht ist: "Der Fuß ist von der Bremse."

Man muß sich einmal vergegenwärtigen, was das alles bedeutet. Da regiert eine Partei seit nunmehr 20 Jahren die Bundesrepublik; mehrere Jahre davon sogar mit absoluter Mehrheit. Zum ersten Mal spürt sie, daß sie nicht der Staat ist und daß eine andere große Partei Frauen und Männer zur Verfügung hat, die regieren können. Und was geschieht? Anstatt der großen Konkurrenzpartei, die man 1966 zur Hilfe rufen mußte, weil man Pleite gemacht hatte, ein eigenes sachlich begründetes Regierungsprogramm im Wahlkampf vorzusetzen, wird empfohlen, im End- spurt dem Gegner nicht nur ein Bein zu stellen, sondern ihm auch Tie- schläge zu versetzen. Wenn das die "Bilanz" 20-jähriger Regierungs- tätigkeit sein soll, wird es höchste Zeit für die Wachablösung.

Anmerkung der Redaktion: Damit niemand auf die Idee kommt, wir hätten die der CDU gegebenen Ratschläge frei erfunden, empfehlen wir die Lektüre des Leitartikels von Jürgen Wahl in der Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft "Rheinischer Merkur" vom 22. August 1969.

## Die NPD rechts überholen?

---

### Rechtzeitige Warnung katholischer Publizisten

Von Dr. Heinz Kornetzki

Die Diskussion um die NPD flammt in diesen Tagen des Wahlkampfes wieder heftig auf. Die Erklärungen gegen diese Partei nehmen zu, ebenso die Analysen in der Presse. Bemerkenswert sind hierbei Arbeiten, die die tieferen Ursachen des Rechtsradikalismus zu ergründen versuchen und darauf verweisen, daß der "konservativ-nationale Bazillus" auch in politischen Bestrebungen steckt, die sich nicht auf den ersten Blick als im Grunde NPD-identisch erkennen lassen und deren Verfechter sich auch strikt dagegen verwahren, eine solche Politik zu begünstigen.

So warnt die katholische Kirchenzeitung des **E r z b i s t u m s F r e i b u r g** ("Die Katholiken und der Bundestagswahlkampf 1969") mit Hinweis auf Programmpunkte der NPD und Zitate des CSU-Vorsitzenden **S t r a u ß** vor dem "konservativ-nationalen Bazillus und der rechtsradikal-anfechtung in uns allen." Das Hausblatt des Erzbischofs **H e r m a n n S c h ä u f e l e** vergleicht Forderungen der Nationaldemokraten mit der "Wir-sind-wieder-Wer"-Diktion des CSU-Chefs und mahnt zur Vorsicht vor einer unreflektierten Übereinstimmung mit einer solchen Politik. Man müsse skeptisch sein, wenn die NPD eine Armee mit einem "klaren Kampfauftrag" fordere, ("wie es der Bayern-Karier zustimmend apostrophierte") oder wenn sie verlange, daß die Heimatvertriebenen in ihre Herkunftsorte zurückkehren und die Professoren der Hochschulen wieder "ihre Ruhe" haben sollten. NPD-Politik ist nach Meinung des Schäufele-Organs auch eine solche, die den "kalten Krieg" weiterführt ("keine internationale Entspannung"), den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet ("sich also zwangsläufig isoliert") und die Aufwertung unserer Währung kategorisch ablehnt ("also eine jetzt schon absehbare Teuerungswelle hervorruft").

Das Kirchenblatt resümiert: "Wem kann das alles nützen? Nicht einmal die ewig Gestrigen werden von dieser sich zunehmend entlarvenden politischen Abenteuerlei profitieren".

Schon kürzlich hatte sich die **J e s u i t e n - Z e i t - s c h r i f t** "Stimmen der Zeit" mit dem "Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik" befaßt und konstatiert, daß hierzulande von einer Partei eine Politik gemacht werde, die rechtsradikale Vorstellungen begünstige. Zuvor hatte der Autor (er ist Assistent am Institut für

Politische Wissenschaften an der Universität München) unmißverständlich festgestellt, daß der "autokratische Regierungsstil Adenauers" Kreise der Bevölkerung für die NPD geradezu anfällig gemacht habe durch deren Neigung zum "problemlosen Geführtwerden und zum Enthobensein von Eigenaktivität". Unter Adenauer sei nichts zum "Abbau der nationalen Wunschvorstellungen" getan worden, der "unpolitische Bürger" der in ein romantisches Gemeinschaftsgefühl flüchtete, dominierte. Nicht die "soziale" Demokratie sei praktiziert worden, sondern die "autoritäre".

Auch die Untersuchung der Jesuiten-Zeitschrift kommt zu dem Ergebnis, daß der Rechtsradikalismus noch immer durch politische Bestrebungen begünstigt werde, die als solche zunächst nichts mit der NPD gemeinsam haben wollen. Solche die NPD begünstigenden Vorstellungen sind laut Analyse:

- \* Ein dogmatischer Antikommunismus,
- \* die Furcht vor gesellschaftlicher Neuerung, vor allem vor einer
- \* Demokratisierung,
- \* die Ablehnung des Interessenpluralismus und der Ruf nach einer
- \* "formierten Gesellschaft",
- \* das Verlangen nach einer starken Staatsmacht, die den Wunsch
- \* nach problemlosen Geführtwerden und integrierter Geborgenheit
- \* erfüllt.

Der Abbau der "autoritären" Demokratie, verbunden mit einer aufklärenden Diskussion als Aktion gegen die Gefahr Nummer eins für die Demokratie, den unpolitischen Bürger, ist also vordringlich für eine Verminderung der Chancen des organisierten Rechtsradikalismus. Die Kausalzusammenhänge zwischen NPD und mangelnder Bildungspolitik sind ebenso offenkundig wie der abwegige Versuch, die Gruppierung rechts zu überholen und sie unterschwellig weiter leben zu lassen.

## NATIONALITÄTENSTREIT IN JUGOSLAWIEN

### Von der Föderation zur Konföderation?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Jugoslawien rühmt sich in seiner touristischen Propaganda gerne, ein Land mit sechs Republiken, fünf Völkern, vier Sprachen, drei Religionen, zwei Schriftsprachen und einer Landschaft zu sein, die den Orient mit dem Okzident, den Kontinent mit den Weltmeeren, die Alpen und Karpathen mit der See verbindet. Daß diese Vielfalt jedoch nur sehr schwer unter einen Hut zu bringen ist, wenn es um die staatliche Organisation dieser Buntheit geht, davon kann Jugoslawien dieser Tage wieder ein lautes Klage lied singen.

Es sind erst wenige Monate vergangen, seit sich die albanische Minderheit im südjugoslawischen Kosovo-Gebiet gegen die Belgrader Zentralgewalt erhob, weil sie sich übervorteilt glaubt. Es kam zu heftigen Demonstrationen mit Verwundeten und Toten und leider auch wieder zu gefüllten Gefängnissen, denn der jugoslawische Bundesstaat möchte heute nicht mehr für wahr gelten lassen, was man den Partisanen auf der ersten Sitzung des Antifaschistischen Volksrates im Jahre 1943 für die Zukunft versprochen hatte: Daß eine jede Nation im neuen Jugoslawien das Recht haben werde, ihre territoriale Zugehörigkeit selbst zu bestimmen.

Dieser Tage nun sind es nicht die armen Albaner, sondern die reichen Slowenen hoch im Norden des Landes, die ganz unverhüllt ihre Bundesverdrüssigkeit zur Schau stellen. Der Grund für den slowenischen Mißmut ist in einem Kredit zu suchen, den die Internationale Bank Jugoslawien gewähren will und der für den Straßenausbau verwendet werden soll. Da der Kredit natürlich nicht alle jugoslawischen Bedürfnisse auf diesem notleidenden Sektor erfüllen kann, hatte sich die jugoslawische Bundesregierung entschlossen, den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten, vor allem Mazedonien, den Vorrang zu geben.

Den Slowenen war dies jedoch nicht recht, denn ihre Statistik beweist, daß sich der touristische und Warenverkehr Jugoslawiens vorwiegend über ihre Straßen abwickelt und daß Slowenien trotzdem in den letzten drei Jahren fast keine Bundesmittel erhalten hat, um den Verfall der Zugangswege zu ganz Jugoslawien aufzuhalten. Es kam zu Protestaktionen in der nördlichsten Republik Jugoslawiens, als deren Organisator die Kommunistische Partei Sloweniens auftrat, was den Konflikt in den "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" hineintrug. Dann wenige Tage später stellte sich die kommunistische Parteiorganisation der mazedonischen Hauptstadt

Skoplje auf einen diametral entgegengesetzten Standpunkt. Eine Kritik des zentralen Parteiapparates am slowenischen Widerstand gegen die Investitionspläne des Bundes reichte vollkommen aus, um die Slowenen zum Äußersten zu treiben - sie verlangten zunächst den Rückzug der slowenischen Abgeordneten aus der Belgrader Bundesskupschtina, dann den Rücktritt der jugoslawischen Bundesregierung. Das Kabinett mußte aus den Ferien zurückgerufen werden, um zunächst die - geringen - Folgen der Franc-Abwertung für Jugoslawien und dann das slowenische Mißtrauensvotum zu beraten, dem sich inzwischen auch die Republik Kroatien angeschlossen hat.

Ob es darüber zu einem Rücktritt der jugoslawischen Regierung kommen wird, muß zwar bezweifelt werden, aber es ist immerhin ein Novum für die kommunistische Welt, daß man überhaupt derartige parlamentarische Spielregeln anwendet - ein Pluspunkt für die Anhänger der Demokratisierung Jugoslawiens.

Vermutlich dürfte der materielle Kern des Konfliktes durch eine Zusage ausgeräumt werden, derzufolge Slowenien bei der Zuteilung der nächsten Tranche der Internationalen Bank berücksichtigt würde; aber dadurch wird der eigentliche Gehalt des Konfliktes zwischen dem jugoslawischen Bund und seinen Republiken sowie zwischen den unterentwickelten und entwickelten Regionen Jugoslawiens überhaupt nicht angetastet.

Jugoslawien steht nach wie vor vor dem Dilemma, entweder die unterentwickelten Gebiete bevorzugt zu behandeln und darüber die vor vier Jahren eingeleitete Wirtschaftsreform scheitern zu lassen oder die Investitionen in jene Gebiete zu lenken, die eine schnelle Rückzahlung versprechen, und dadurch soziale und nationale Krisen in den unterentwickelten Gebieten, vor allem im Süden des Landes, hervorzurufen.

Solange man keine Kompromißlösungen findet, sieht sich Jugoslawien der Gefahr ausgesetzt, auseinanderzufallen, eine Situation, die vor allem dann eintreten könnte, wenn der alte Lenker des jugoslawischen Staatsschiffes, Marschall Tito, einmal nicht mehr eingreifen kann. Die außenpolitischen Gefahren, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand!

Um ihnen zu entgehen, dürfte Jugoslawien daher in den nächsten Jahren vermutlich einen neuen Weg einschlagen, der vom Bundesstaat, von der Föderation zur Konföderation, führt, ein Weg, der ebenfalls große Gefahren aufweist, aber, so hoffen Optimisten, vielleicht eines Tages doch noch in einer größeren Völkervereinigung auf dem ganzen Balkan enden könnte, die auf Grund ihrer nationalen Zusammensetzung jede Majorisierung von Minoritäten unmöglich machen würde.

"Weil Politik der Vernunft bedarf"

Eindrücke eines jungen "unpolitischen" Menschen, der  
Günter Grass auf einer Wahlreise in Bayern begleitete

\* \* \* \* \*  
\* Die 26-jährige Germanistin XX bereitet zur Zeit ihre Doktor- \*  
\* arbeit vor, in der sie die Bedeutung von Günter Grass für die \*  
\* jüngere deutsche Literatur darstellen will. Um den Autor Gün- \*  
\* ter Grass näher kennenzulernen, hatte sie ihn um eine längere \*  
\* Unterredung gebeten. Aus Termingründen mußte Grass die Dokto- \*  
\* randin bitten, ihn auf einer seiner Wahlreisen zu begleiten. \*  
\* Ihre Eindrücke von dieser Reise hat die "unpolitische" Studen- \*  
\* tin in nachfolgendem Aufsatz festgehalten. Da wir davon ausge- \*  
\* hen können, daß die Studentin wiedergibt, was heute zahlreiche \*  
\* junge Menschen bewegt, veröffentlichen wir den Aufsatz unge- \*  
\* kürzt. Die Redaktion. \*  
\* \* \* \* \*

Zugegeben, ich hatte nur sekundär, und dies auch nur eben flüchtig an das Politische der Reise gedacht, wollte zu meinem Plan, eine wissenschaftliche Arbeit über den Literaten Grass zu schreiben, ein wenig atmosphärische Einstimmung gewinnen, einige biographische Details aufschreiben und erfragen, literarisch dazulernen.

Zugegeben, ich bin nie ein politisch aktiver Mensch gewesen, aufgewachsen an der unteren Grenze der Generation, deren Erzieher alles Politische weit von sich wiesen, seismographisch ihre Unsicherheit und ihre Brandmale spürten, sobald sie hier angesprochen wurden und immer Vorwand genug fanden, das Aktuelle weit von sich zu schieben.

Zugegeben, die Wissenschaft, nicht zuletzt die Germanistik, so sehr sie sich in jüngster Zeit mit politischem Flitter zu behängen scheint, bietet unendlichen Raum für Lebensferne, kaum verringert durch die Aktivität einer weniger, zu denen ich nicht gehörte. Zeit, mich über die so schnell veränderte Motivation meiner Reise zu wundern, fand ich erst zu Hause. Ich habe mehr als Literarisches erfahren, Wichtigeres, mit dem von Grass erteilten Nachhilfeunterricht in parlamentarischer Demokratie und politisch vernünftigem Denken meinen eigenen Nachholbedarf festgestellt, erste Revisionen vorgenommen.

Drei Tage lang mit Günter Grass auf Wahlreise, drei Tage lang Einsicht in bundesrepublikanische Randgebiete und politische Dürren, drei Tage lang in kleinem regionalen Rahmen erlebte Vielfalt der Probleme.

Als Klimax müßte mein kleiner Erfahrungsbericht heißen: Unpolitische Erlebnisse, Genesis des politischen Problembewußtseins, - aber da Grass Politik mit Ausklammerung vieler ihrer Korruptelen macht - die Vernunft als Problem der Politik.

Es ist nötig, die verschiedenen Veranstaltungen zu typologisieren, um die Fülle der Eindrücke zu Erfahrungen umzumünzen.

Da ist der Kandidat einer niederbayrischen Kleinstadt, seit 16 Jahren ankämpfend gegen eine unheilige Allianz unpolitischer Stupidität, imaginärer Wahlkampf vor leeren Sälen. Es ist Ferienzeit, zudem Volksfest, zu gerne möchte er nur an einen halbwegs vollen Saal glauben, kann aber seine Skepsis nicht verleugnen.

Grass' Rede "20 Jahre Bundesrepublik" kommt bei übervollem Saal gut an. Die Bayern sind ehrlich, bereit, den besseren Argumenten den Vortritt zu lassen - bleibt die leise Frage, ob die Begeisterung anhalten wird - aber der Erfolg für den Kandidaten wird bleiben. Er strahlt, hat zum erstenmal das Gefühl, beachtet zu werden, den Beweis, daß für seine Partei mehr Interesse besteht als er zu hoffen wagte.

Danach Gründung einer örtlichen Wählerinitiative. 180 wurden angeschrieben, davon sind etwa 25 gekommen. Man ist unbeholfen, zu neu ist das Gefühl politischen Bekenntnisses, man weiß, daß man für etwas einstehen möchte, weiß nicht, wie man es artikulieren könnte. Man überschlägt sich, möchte gleich ganz groß anfangen, ohne an die Dringlichkeit des nahen Wahltages zu denken; statt Initiative vage Endprodukte einer aufgeklärten Gesellschaft vor innerem Auge. Grass filtert, es kommt darauf an, auch hier die begrenzten Möglichkeiten zu sehen. Man beschließt, sich zu treffen und das Spektrum der Berufe, die Einblicke in die kommunalen sichtbaren unterschwelligen Faktoren zu nutzen, gemeinsam negative Erfahrungen auszutauschen und rückwirkend umzuwandeln.

Ein demokratisches Kind mit nur schwachen Beinen ist geboren, scheu, sich selbst abtastend vorerst. Weitere Hilfe wäre nötig, aber der Kandidat ist überlastet.

Das Problem des Kandidaten der SPD-Wähler am ersten Tag, das der politischen Gegner im Fränkischen am nächsten. Bayern und Franken, die ersten gutmütig, spontan, in eindeutigen Reaktionen, die anderen distanziert, unterkühlt, zögernd. Die Junge Union kämpft, eine Phalanx von Volkswirtschaftlern, das Thema Aufwertung in schwachen Variationen immer wieder angehend, sie laufen sich selbst tot, ängstlich bewußt, kein Stück Boden preis zu geben. Das wirkt unsicher, ablenkend. Der Erfolg ist auf Grass' Seite.

Anlaß zu einer breiteren Diskussion kann sich erst ergeben, als die Junge Union, Mißerfolge hinter den mühsam gehaltenen Gesichtern verbergend, ruhig wird. Anschließend Diskussion im kleineren Kreis, bei der die angepaßte Presse ihre Resignation gegenüber der starren Haltung der Leser bei eigener SPD-Nähe den Grass'schen Widerspruch auslöst. Er scheitert; hier müßte Mut gemacht werden. Ein Zug der Enttäuschung will aufkommen.

Auf nächtlichem Heimweg stoppt uns die Junge Union, sie hatte ihren Mut dazu gebracht, den Zeitpunkt des nächtlichen Grass-Aufbruchs zu registrieren. Eine Gruppe, runde 25, freuen sich über die spontane Bereitschaft von Grass, mit ihnen zu diskutieren. Was ich hier erlebe, ist in der Tat ein Sieg des Arguments, ein Sieg der politischen Wahrheit, ein Sieg der Vernunft. Es war nicht die Achtung vor dem berühmten Namen, nicht das kleinlauten Schweigen vor dem sprachgewandteren politischen Gegner, das war Grass, der zum Sprachrohr ihres uneingestandenen Wissens wurde, vielleicht sogar nur bloßes Ahnen in Wissen überführte. Eine Ab-

lösung der CDU als Aufwertung und neue Lebenschance der Jungen Union: das schien sich in diesem Teil Deutschlands noch nicht herumgesprochen zu haben, das konnte hier noch Zungen verbrennen. Auch hier Nachhilfe mit direktem Erfolg, der Unterschied zwischen politischem Gegner und politischem Feind und die entsprechenden Wahlkampfmethoden wurden verstanden. Und die kokett hingeworfene Bemerkung eines Junge-Union-lers: "Ich glaube, danach muß man SPD wählen", war mehr als ein heiterkeits-erheischender Einwurf.

Die Betriebsführung in einem ansehnlichen Motorenwerk, das Gespräch mit dem Betriebsrat am nächsten Tag bringt zwei neue Aspekte: die Lage eines Betriebs, dessen Leitung nur unter Druck zu sozialen Reformen bereit ist, unterstützt von einer apolitischen Arbeiterschaft. Auch hier wieder ein latenter Defaitismus und das erstaunte Aufhorchen, daß ihre Probleme bekannt sind.

Der Betriebsratsvorsitzende mit kluger Übersicht seiner Lage, ist in einem Teufelskreis befangen, steht gegen die Lethargie der Arbeitnehmer, gegen Arbeitgeber, ohne rechten Kontakt auch zum Kandidaten, der bei der pluralistischen Struktur seines Wahlkreises für die Linksintellektuellen nötig ist, aber hier zu spröde wirkt, um gleich akzeptiert zu werden.

Das Werk ist übersät mit, vorerst allerdings kleinen, NPD-Herden. Viele Ansätze sind hier nötig, weniger Großaktionen als Einwirkung auf kleinste Arbeitseinheiten, Kleinarbeit und Kleinstarbeit.

Viel zu schnell lenkt die nächste, die stärkste politische Veranstaltung der 3-Tage-Reise davon ab, nach weiteren Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die fränkische Universitätsstadt ist von Links- und Rechts-extremen gleichermaßen geprägt, im überbordenden Saal spürt man die Spannung. Die "Rede von den begrenzten Möglichkeiten" fordert höchste Aufmerksamkeit. In extremen und fundierten Diskussionsbeiträgen, rhetorisch klug wird daran gezweifelt, daß das Grass'sche Engagement ernst zu nehmen ist. Zu unsinnig scheint es, trotz Mängelerkenntnis, SPD zu wählen. Erkennbare und spontane Zustimmung gibt es, als Grass sich mit Studenten per Telegramm gegen die Diffamierung F.J. Strauß wendet, der auf APG-Anhänger menschliche Rechte nicht angewandt sehen will.

F. J. Strauß sagt: "Politik kann man durchaus emotional vortragen - Hauptsache, sie wird rational entschieden."

Die Behauptung entbehrt jeglicher Berechtigung und hilft mit bei der permanenten Amputation aufkommender politischer Denkansätze.

(zit. n. Mich. Jungmann, Zeit v. 2. VIII)

Günter Grass, eher zum Widerspruch denn zu unreflektierten Zustimmung reizend, hat mich von der Notwendigkeit des Gegenteils überzeugt.

"Wahlen sind Appelle an die Vernunft, weil Politik der Vernunft bedarf."